

Reflexionen über die Protestwelle vom Dezember 2025–Januar 2026

Sama Ooryad, Yeganeh Khoie, and Nastaran Saremy

<https://tanide.org/home/reflections-on-the-protest-wave-of-dey-1404/>

1. Mit der Fortsetzung der Geld- und Währungspolitik der Islamischen Republik, des rentierhaften Kapitalismus sowie der Zuspitzung der Krisen der Reproduktion und Akkumulation im Iran war eine neue Phase von Protesten sowohl wahrscheinlich als auch vorhersehbar. Aufgrund seiner Herkunft kann der Basar die enteigneten Klassen nicht vertreten, weshalb viele die Proteste zunächst mit Zurückhaltung und Schweigen betrachteten. Obwohl die Präsenz der Basarhändler nach den von der Regierung vorgeschlagenen politischen Maßnahmen zurückging – wenn auch nur vorübergehend –, ermöglicht eine genauere Lektüre des pauschalen Begriffs „Basargewerbetreibende“ und seine Unterscheidung von Megakapitalisten, die prekäre Lage von kleinen Ladenbesitzern, Einzelhandelsbeschäftigten und prekären Händlern als integralen Bestandteil dieser Proteste zu erkennen.

Wenn wir jedoch weitergehen, ist das, was die Proteste trägt, nicht mehr primär an Währungsschwankungen oder den Zugang zu finanziellen Einrichtungen in der konventionellen Logik des Marktes gebunden. Vielmehr richtet es sich auf die Krise der sozialen Reproduktion und der Lebensgrundlagen und darüber hinaus auf eine langanhaltende Krise der politischen Regierungsführung – gefangen in einem Kreislauf aus Repression und chronischer Ineffizienz. Diese Krise hat sich nach dem zwölfjährigen Krieg und der weiteren Erosion der Fähigkeit des Regimes, Autorität und Legitimität zu reproduzieren, weiter verschärft.

Ein breites Spektrum politischer Kräfte – darunter Republikaner, Feministinnen, die Linke und andere antiautoritäre Tendenzen – hat mit erheblichem Zögern und Unbehagen davon abgesehen, Positionen zu beziehen oder in die gegenwärtige Situation einzugreifen, sowohl aufgrund ihrer Nichtübereinstimmung mit einigen der Parolen der Protestierenden als auch wegen des prekären, hochriskanten Kontextes, der durch die jüngste Welle ausländischer Interventionen weltweit entstanden ist. Diese Kräfte sind – ebenso wie ihre Gegenstücke am anderen Ende des politischen Spektrums – weder wirklich organisiert noch mit einem kohärenten Programm ausgestattet, um ihre verstreuten Kapazitäten zu bündeln, zumindest nicht in spezifischen Arenen, in denen sie greifbaren Einfluss ausüben könnten. In der gegenwärtigen volatilen, widersprüchlichen und hochriskanten Lage: Welche Kommunikationsweisen können antiautoritäre Kräfte annehmen, um mit der Gesellschaft und verstreuten sozialen Akteuren in Kontakt zu treten? Wie sollen wir die Krise politischer und zivilgesellschaftlicher Handlungsfähigkeit in diesem post-bewegungs- und post-kriegerischen Zustand verstehen, und wie könnte ein Dialog zu ihrer Überwindung angestoßen werden? Diese grundlegenden Fragen scheinen im Überfluss hastiger und impulsiver Online-Debatten in den Hintergrund gedrängt worden zu sein.

2. Vielleicht war ein problematisches Erbe der Proteste von 1401 (2022) das Auftreten von Führungspersonen, die versuchten, in der Diaspora Koalitionen zu bilden und es

schafften, beträchtliche Zahlen von Menschen zu mobilisieren, nur um die Ziele des Aufstands letztlich einer nach dem anderen aufzugeben und jeweils – explizit oder implizit – Allianzen mit imperialen Mächten einzugehen, genau jenen Mächten, die drei Jahre später Iran angreifen sollten. Auch diskursiv gelang es der Jina-Bewegung (Frau, Leben, Freiheit) nicht, einen hinreichend weit gefassten Horizont der Emanzipation (auf nationaler Ebene) zu formulieren. Die massive interne Repression ließ marginalisierten Kräften kaum Raum zum Atmen, und viele prominente Aktivistinnen, *die mit der Bewegung verbunden waren, wurden schließlich zu sogenannten „Regime-Change-Befürworterinnen“*, deren Forderungen stärker mit rechten und sogar pro-kriegerischen Kräften übereinstimmten als mit den emanzipatorischen Idealen des Aufstands.

Die ausgeprägte Dominanz von Herkunft und Stimmen der Mittelschicht in der Post-Jina-Phase stellt eine der unbestreitbaren Sackgassen der Bewegung dar. Der vorherrschende Top-down-Ansatz, der in dieser sozialen Basis verwurzelt ist und weitgehend reformistisch, kapitalistisch und auf bürgerliche Rechte fokussiert bleibt, markiert eine Blockade, die trotz der anfänglichen Vielstimmigkeit aus den Rändern während des Aufstands die Post-Jina-Landschaft zu dominieren begann. Dieser Ansatz geht dem Aufstand selbst voraus. Die auf Prominenz fixierte Logik und das von ihr hervorgebrachte Medienspektakel haben emanzipatorische Horizonte in der Post-Jina-Ära verstellen. Ein jüngstes Beispiel ist die BBC-Persian-Dokumentation *Taraneh*, die nur wenige Tage vor der jüngsten Runde von Protesten im Iran ausgestrahlt wurde und eine Welle der Aufmerksamkeit im Internet auslöste. Durch eine nostalgische Bilderflut sakralisierte und heroisierte sie den Aktivismus der Proteste von 1401 auf eine prominenzgetriebene Weise. *Taraneh* ist nur eine Erscheinungsform einer dominanten, kommerzialisierten Kultur, die Freiheit und Emanzipation lediglich für bestimmte Klassen und Gruppen imaginiert. Eine gründliche Analyse der post-Jina-Medien und der prominenzzentrierten Wellen erfordert eine eigene Diskussion. Dennoch verdeutlichen die weitverbreitete Verehrung und die auf Prominenz fokussierte Verherrlichung rund um diese Dokumentation und ähnliche jüngere Beispiele, wie es dominanten Kräften in der Post-Jina-Phase erneut gelungen ist, die ursprünglichen klassenbasierten Ursprünge, Repräsentationen und Forderungen, die aus den Protesten von 1401 hervorgingen, zu marginalisieren – oder sich ihrer anzueignen.

3. Unabhängige Kräfte und feministische Aktivistinnen, *sowohl innerhalb als auch außerhalb Irans, haben versucht, die Stimmen und Forderungen marginalisierter Gruppen zu erzählen und sichtbar zu machen. Dennoch waren sie stets in einen zweifachen Kampf verstrickt: Einerseits hat die Islamische Republik ihren Handlungsspielraum durch Druck und Repression immer weiter eingeschränkt, andererseits waren sie kontinuierlich in einen diskursiven und politischen Konflikt mit jenen verwickelt, die versuchen, die unabhängigen Kräfte zu delegitimieren, die aus Jinas Aufstand hervorgegangen sind. Nach Beobachtungen einiger Teilnehmerinnen der jüngsten Straßenproteste wird in Versammlungen mit stärkerer weiblicher Präsenz der Slogan „Frau, Leben, Freiheit“ lauter skandiert. Auch im digitalen Raum rufen Feministinnen und die post-Jina-Aktivistinnenbewegung den Slogan „Frau, Leben, Freiheit“, um auf seine abnehmende Präsenz unter den gehörten Parolen aufmerksam zu machen. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob „Frau, Leben, Freiheit“, das im Jina-Aufstand bis zu einem gewissen Grad*

erfolgreich war, marginalisierte Subjekte zu vereinen und die Enteigneten, Ausgeschlossenen und Entrecheten miteinander zu verbinden, in seiner heutigen Form auch die materiellen Forderungen der protestierenden Menschen adressieren kann. Wurden die anderen Dimensionen dieses Slogans – jenseits der Dimension „Frau“, ihrer Rechte und ihrer Befreiung, über die ein breites Spektrum von Kräften, darunter überwiegend aus der Mittelschicht stammende Aktivist*innen, Konsens erzielt hat – ausreichend ausgearbeitet?

Es scheint, dass die Dimension „Leben“ des Slogans weit stärker materiell und konkret mit den Lebensgrundlagen der Menschen, insbesondere jener der unteren Klassen, hätte verknüpft werden müssen. Ebenso hätte seine Dimension „Freiheit“ mit aller Entschiedenheit an eine greifbare Vision einer alternativen Struktur gebunden werden sollen – einer Struktur, befreit von der Gefangenschaft und dem Despotismus der Islamischen Republik und fähig, unterdrückten sozialen Klassen einen hoffnungsvollen Horizont zu eröffnen. Es ist daher kaum überraschend, dass viele Protestierende den Slogan angesichts des Scheiterns, ihn diskursiv auszuweiten – trotz seines Potenzials, die Aufstände vom November 2019 und andere subalterne Revolten mit den aktuellen Protesten zu verbinden – und angesichts seiner häufigen Reduktion auf die Geschlechterdimension nicht als vollständig mit ihren übrigen Forderungen in Einklang stehend wahrnehmen.

Wir erinnern daran, dass die Reaktion der Mittelschichten auf die breit angelegten Aufstände von 2017 und 2019 weitgehend in nachträglicher Trauerarbeit und strafender Rhetorik bestand. Die diskursiven, zivilgesellschaftlichen und politischen Repräsentant*innen dieser Klassen waren weniger an den Ursprüngen und Ausrichtungen der Forderungen der Unterdrückten interessiert, sondern bemühten sich vielmehr, diese in einen amorphen Diskurs der „Transformation“ oder – schlimmer noch – des Regimewechsels zu integrieren. Dieser verantwortungslose Ansatz, der während des Höhepunkts des Jina-Aufstands aufgrund der Breite der Proteste weniger sichtbar war, ist inmitten der Fragmentierung und Auseinanderentwicklung der Protestachsen – die sich als Aufstände, Universitäten, Berufsstände und andere Schauplätze manifestieren – erneut deutlich zutage getreten.

4. Die Grenzregionen der iranischen Geografie haben sich – anders als während des Jina-Aufstands – nicht in gleichem Maße an den Protesten beteiligt. Der Optimismus in Bezug auf klassenübergreifende und interethnische Solidarität, der die ersten Monate des Jina-Aufstands prägte, scheint Zweifel, Vorsicht und Distanz gewichen zu sein. Die begrenzte Beteiligung Kurdistans – zumindest innerhalb seiner traditionellen Protestgeografien – neben Belutschistan und Aserbaidschan, insbesondere in den ersten Protesttagen, im Gegensatz zur starken Präsenz der von Luren bewohnten Regionen, zeigt, dass nationale Unterdrückung weder auf ungleiche Entwicklung noch auf ein einfaches Zentrum–Peripherie-Schema reduziert oder dadurch erklärt werden kann. Das Beharren auf dem Recht auf Selbstverwaltung – kulturell, politisch und in anderer Hinsicht – bezieht seine Bedeutung aus dem historischen Gedächtnis und dessen sozio-politischen Artikulationen. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, die Pluralität der „Ränder“ anzuerkennen, um ihre politischen Implikationen zu verstehen.

Dennoch entwickeln sich die Protestdynamiken rasch weiter: Neue Städte und soziale Gruppen schließen sich an und bringen ihre eigenen Parolen und Forderungen ein. Selbst wenn es also zutrifft, dass die anfänglichen sozialen Träger der Proteste und bestimmte monarchistische Parolen eine Distanz zwischen Zentrum und Peripherie erzeugten, beobachten wir inzwischen eine allmähliche Ausweitung der Proteste auf Grenzregionen wie Zahedan und die Provinz Ilam. Jenseits von Fragen der Herkunft und der Parolen können auch die Dynamiken des Jina-Aufstands selbst und die hohen Kosten, die insbesondere in Kurdistan und Belutschistan getragen wurden – ohne anhaltende Solidarität aus den zentralen Städten in vergleichbarer Intensität – sowie der antagonistische und ausgrenzende Diskurs, der sich nach dem zwölfjährigen Krieg ausbreitete, diese Verzögerung und Zurückhaltung erklären.

Ironischerweise richteten viele selbsternannte Patriotinnen – von *Nationalistinnen* bis hin zu Teilen der Linken – während des zwölfjährigen Krieges ihren Argwohn rasch gegen die Peripherien (sowohl die ökonomischen als auch die politischen). Heute jedoch, mit dem Erstarken populistischer, pro-kriegerischer Kräfte und der anhaltenden Nichtbeteiligung der Grenzregionen, ist erneut deutlich geworden, dass das Beharren auf Selbstverwaltung oder Selbstbestimmung kein Verrat ist, sondern Teil der Geschichte und des Schicksals demokratischer Kämpfe im modernen Iran. Der iranische Nationalismus hat jedoch einmal mehr seine Unfähigkeit gezeigt, die politische Lage zutreffend zu erfassen.

5. Das Feld der Diskursproduktion – oder genauer: der Propaganda – wird seit einigen Jahren von rechtsgerichteten Oppositionsmedien dominiert, die ihren Sitz im Ausland haben. Mit erheblicher finanzieller Unterstützung reaktionärer regionaler Kräfte oder rechter westlicher Regierungen sind diese Medien zu Plattformen für die Reproduktion fremdenfeindlicher und faschistoider Ideologien geworden. Andere Kräfte haben dieses Terrain aus Gründen, die einer gesonderten Ausarbeitung bedürfen, weitgehend ihren Gegnern überlassen. Auch sogenannte alternative Räume und Gruppen, die nach dem Jina-Aufstand entstanden sind, um diese mediale Hegemonie herauszufordern, leiden unter strategischer Orientierungslosigkeit. Es ist ihnen nicht gelungen, einflussreiche Medienplattformen aufzubauen, und ihre diskursive Arbeit ist faktisch auf elitenzentrierte Aktivitäten reduziert worden – ein Ansatz, der dem rasanten Tempo der gegenwärtigen Entwicklungen kaum gewachsen ist. Zudem verzichten diese Gruppen weiterhin darauf, ihre Aktivitäten zu bündeln und auf eine organisatorisch-politische Ebene zu heben.

Eine Betrachtung der strategischen Fehlgriffe linker Kräfte – insbesondere in der Diaspora – offenbart ein Muster fragmentierten Aktivismus' über verschiedene globale Arenen hinweg, wobei teils sogar eine Beteiligung von Menschen innerhalb Irans erwartet wird. Zu wenig Anstrengung wurde darauf verwendet, darzulegen, wie diese globalen Arenen sinnvoll mit dem alltäglichen Leben der Menschen im Iran verbunden sind, die unter Armut, Repression und dem Entzug ihrer Lebensgrundlagen leben. Darüber hinaus scheinen viele dieser Kräfte – etwa in ihrem Umgang mit Solidarität mit den Palästinenser*innen und in ihrer Reaktion auf Israels Genozid in Gaza – kein realistisches Verständnis für die Lage der Unterworfenen im Iran zu haben: für die Grenzen echter, nicht-aneignender Solidarität unter der Islamischen Republik sowie für die kollektive Fähigkeit, Deutungen zu überwinden, die durch die nachrevolutionäre islamische Ideologie

und in jüngerer Zeit durch den massiven medialen Beschuss rechter Oppositionsmedien geprägt sind.

Aktivist*innen in der Diaspora wenden einerseits häufig den Blick von dem Feuer ab, das ihre Landsleute im Iran verzehrt, indem sie auf größere Brandherde anderswo verweisen, und vermitteln damit den Menschen im Inneren Irans die Botschaft, der Kampf gegen den inneren Despotismus und die Repression sei nur eine Front unter vielen. Andererseits nehmen sie bisweilen einen moralisierenden, belehrenden Ton an, der sie von empathischer Auseinandersetzung und einem bescheidenen Verständnis der materiellen Lebensbedingungen der Menschen entfernt. Auf diese Weise können sich jene, die unter der Geografie der Repression der Islamischen Republik leben, im Stich gelassen fühlen – nicht nur von der Welt in Momenten wie dem zwölfjährigen Krieg, sondern dauerhaft und auch von uns selbst, den einzigen, die tatsächlich in der Lage wären, in eigenem Namen zu handeln.

6. Wir sind uns bewusst, dass unter den Bedingungen interner Repression und der Internalisierung autoritärer Strukturen einerseits sowie durch die Distanz zu materiellen Handlungsfeldern andererseits nur wenige organisierte und kohärente Kräfte vor Ort aktiv sind. Dies ist keineswegs ein Alleinstellungsmerkmal der Linken. Doch warum ist es so, dass eine unerwünschte soziale Basis und bisweilen reaktionäre, autoritätsverherrlichende Parolen so leicht Angst und Distanz erzeugen können und damit antiautoritäre Kräfte faktisch von Teilnahme und Intervention ausschließen? Soll die zukünftige Struktur tatsächlich unmittelbar aus diesen Protesten heraus bestimmt werden? Haben diese Proteste bereits eine feste, starre und stabile Form angenommen?

Es gibt zahlreiche heterogene und vielfältige Kräfte in unterschiedlichen sozialen Arenen, und die Ausweitung der Proteste auf weitere Städte sowie die Beteiligung verschiedener Gruppen und Berufsstände können die Protestdynamiken verändern. Dennoch nähern sich manche politischen Akteure den Protesten in der irrgen Annahme, der zukünftige Staat müsse genau hier und jetzt aus einem Teil dieser Proteste heraus geformt werden. In Wirklichkeit haben viele Hände einander noch nicht gefunden. In Abwesenheit kohärenter politischer Kräfte müssen kleine wie große Gruppen und Kollektive – einschließlich jener, die sich organisch aus diesen Protesten heraus bilden könnten – eine Rolle dabei spielen, bestehende Kapazitäten zu erweitern, gerechtigkeitsorientierte Stimmen zu verstärken und der Repression entgegenzutreten.

7. Die faschistische und autoritäre Wende globaler Kapitalblöcke, verbunden mit Expansionismus und einem erneuerten imperialistischen Vorstoß, erfasst zahlreiche Länder. Zeitgenössische militärische Interventionen sind über die Logik von Besatzung und Wiederaufbau hinausgegangen und folgen stattdessen einem Modell liquider Kriegsführung und imperialer Ressourcenextraktion – wie zuletzt in Venezuela zu beobachten war. Darüber hinaus haben jüngste imperialistische Interventionen und die gegenwärtigen globalen Machtpole, nachdem sie sich von der politisch-rechtlichen Rhetorik des Kalten Krieges gelöst haben, gezeigt, dass sie sich an keine spezifischen politischen Werte halten – weder an Liberalismus noch an Sozialismus oder auch nur an Demokratie und Menschenrechte. Die Erfahrung des zwölfjährigen Krieges und Irans

Einbindung in derart gefährliche politische Konstellationen verlangen von allen antiautoritären Kräften, ihr Verständnis der sich wandelnden Logik der globalen Ordnung und ihrer verflochtenen ökonomisch-militärischen Machtkomplexe zu mobilisieren und eine mentale, politische und praktische Bereitschaft zu entwickeln, über die gegenwärtige Krise hinauszugehen. Diese Fähigkeit kann nur durch eine stärkere Synergie und Kohäsion unter diesen Kräften erreicht werden. Auch wenn ihnen derzeit die Kapazität fehlt, makrogeopolitische oder militärische Dynamiken zu beeinflussen, kann ein klares Verständnis der Verwundbarkeiten der Zentralmacht, ihres Militärapparats und der gesellschaftlichen Nachfrage nach ziviler und politischer Führung langfristig ermöglichen, in Momenten der Instabilität und von Machtvakums – wenn die repressive Fähigkeit des Regimes geschwächt ist – wirksam zu handeln und auf einer politischen Ebene zu operieren. Das Fehlen eines kurzfristigen Horizonts sollte daher nicht mit Verzweiflung oder Rückzug verwechselt werden.

8. Vielfältige historische Erfahrungen weltweit haben uns gelehrt, dass die Mobilisierung der Enteigneten und die Eskalation von Aufständen – in Abwesenheit einer politischen Repräsentation, die sich der Umverteilung von Reichtum sowie dem Widerstand gegen enteignende und verarmende Praktiken verpflichtet fühlt – verpuffen oder, schlimmer noch, von rechtsextremen Gruppen oder Oligarchien der herrschenden Klasse angeeignet werden können. Antiautoritäre Kräfte müssen daher neben der Verteidigung grundlegender demokratischer Werte und Rechte danach streben, Diskussionen über alternative ökonomische Politiken ins Zentrum der öffentlichen Debatte zu rücken. Gegen die vorherrschenden Vereinfachungen müssen sie entschiedener die Zukunft jener Menschen verteidigen, die die tödlichen Auswirkungen von Enteignung und Verarmung am eigenen Körper erfahren. Diese Aufgabe erfordert zweifellos, klassenbasierte politische Praxis auf ein Niveau zu heben, das nicht nur an die Arbeiterbewegung – einschließlich Arbeiterinnen, Lehrerinnen, Rentnerinnen und anderer Pensionärinnen – anknüpfen kann, sondern auch greifbare Verbindungen zu den Enteigneten herstellt, vergleichbar mit jenen, die zu Lohnabhängigen bestehen.

Dass Menschen unter einer derart hemmungslosen Repression protestieren, unter Einsatz ihres Lebens, verdient Respekt und Anerkennung. Die in die Verzweiflung Getriebenen dürfen unter Repression nicht allein auf der Straße gelassen werden, und politische Meinungsverschiedenheiten dürfen uns nicht für das Recht auf Protest und den Verlust menschlicher Würde unterschiedlicher sozialer Gruppen blind machen. Eine transformative und demokratische Kraft muss zunächst die Vielfalt der Stimmen anerkennen und dann Raum für ihre eigene Beteiligung inmitten heterogener Kräfte eröffnen. Ist das politische Feld etwas anderes als eine Arena des Kampfes zwischen Kräften?

Es gibt keine letzte Schlacht. Der Kampf für ein gerechtes, freies und nichtdiskriminierendes Leben, gegründet auf menschlicher Würde, hält nicht an, kommt nicht zur Ruhe, endet nicht. Er verlangt den bewussten Aufbau einer antiautoritären, antifaschistischen Front. Und selbst wenn die Geschichte sich scheinbar vollständig gegen unseren Willen bewegt, entstehen Öffnungen – begrenzt, mühsam errungen, aber

nachhaltigere Formen politischer Praxis – durch Wachsamkeit, Zusammenarbeit und kollektive Handlungsfähigkeit, erprobt im Schmelziegel der Ereignisse.